

B E R I C H T

DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION AN DER

XXXV. GENERALKONFERENZ

DER INTERNATIONALEN ATOM-ENERGIE-AGENTUR (IAEA)

in Wien, vom 16. bis 20. September 1991

KR/WR

Wien, 1. September 1991

IAEA-BerichtI. UEBERBLICK

Die Ereignisse, welche seit der 34. Generalkonferenz die Prämissen der Weltpolitik verändert haben, der Golfkrieg und die Umwälzungen in der Sowjetunion, haben in dieser 35. Generalkonferenz ihren Niederschlag gefunden und dürften in der Zukunft die Agentur vor etwelche Herausforderungen stellen. In verschiedenen Bereichen dürfte die Rolle der Agentur in Zukunft jedenfalls akzentuiert werden.

- Das Nonproliferationsregime ist durch den angekündigten Beitritt Chinas und Frankreichs und den vollzogenen Beitritt Südafrikas und der drei schwarzafrikanischen Frontstaaten zum Atomsperrvertrag entscheidend gestärkt worden.
- Das im Entstehen begriffene System gegenseitiger Inspektionen zwischen Brasilien und Argentinien unter der Oberaufsicht der Agentur könnte als Modell für andere Regionen dienen und dürfte der Agentur eine aktive Rolle bei regionalen Rüstungskontrollarrangements garantieren.
- Zur Verbesserung des durch das geheimgehaltene irakische Waffenprogramm in seiner Glaubwürdigkeit angeschlagene Safeguardsystem liegen Vorschläge auf dem Tisch, welche dessen Mängel kurzfristig beheben sollten. Längerfristig dürfte die Agentur nicht darum herumkommen, das System als Ganzes an die neuen Gegebenheiten anzupassen, eine Herausforderung, die nicht leicht zu lösen sein wird.
- Im Bereich der nuklearen Sicherheit dürfte mit der von der Konferenz vorgeschlagenen schrittweisen Erarbeitung einer internationalen Sicherheitskonvention die Rolle der Agentur konsolidiert, wenn nicht erweitert werden.

Die Konferenz hat aber auch die Grenzen deutlich gemacht, die der Agentur gesetzt sind: der finanzielle Rahmen dürfte

- 2 -

sich nur wenig verändern. Die grössten Geldgeber sind kaum bereit, von ihrer Nullwachstumspolitik abzurücken, und die Entwicklungsländer haben ihre Forderung nach dem Gleichgewicht der Budgets für technische Hilfe und für Safeguards in der Resolution über die wichtigsten Aktivitäten der Agentur zwar nicht dem Wortlaut, aber immerhin ihrem Verständnis nach zu kodifizieren vermocht. Das Safeguardssystem wird dabei dem grössten Rationalisierungsdruck ausgesetzt sein, ist doch in diesem Bereich der substantiellste Kostenzuwachs zu erwarten.

II. EINZELNE THEMEN

1. Safeguards

Wie schon vorher der Gouverneursrat verurteilte auch die Generalkonferenz den Irak wegen Missachtung des Safeguardsabkommens mit 71 Stimmen gegen die Stimme Iraks bei 7 Enthaltungen. In den zum Teil scharfen Erklärungen wurde vor allem hervorgehoben, dass der Irak die Mitgliedschaft beim Atomsperrvertrag und das Safeguardssystem zur Deckung seiner geheimen Aktivitäten missbraucht und dadurch dessen Glaubwürdigkeit in Frage gestellt habe. Es gelte nun, aus diesen Erfahrungen die Lehre zu ziehen und die Mängel des Systems zu beheben. Konkrete Vorschläge stehen im Gouverneursrat schon zur Diskussion: die Durchführung von Spezialinspektionen auch in nicht-erklärten Anlagen, wobei nach Auffassung von Generaldirektor Blix die Agentur Zugang zu nachrichtendienstlichen Informationen erhalten und bei seinen Aktionen vom Sicherheitsrat unterstützt werden sollte, frühzeitige Angaben über das Design einer geplanten Anlage, Meldepflicht für sämtliches Kernmaterial sowie die Errichtung eines globalen Inventars sensitiver Ausrüstungen. Die Konferenz unterstützte diese vom Generaldirektor und von der EG gemachten Vorschläge und forderte den Gouverneursrat zu schnellem Handeln auf. Neben diesen Sofortmassnahmen wurde auch die Revision des Safeguardssystems als Ganzes zur Diskussion gestellt. Eine solche dränge sich längerfristig, wie der Chef der Schweizer

- 3 -

Delegation deutlich machte, deshalb auf, weil sich die politischen Voraussetzungen des bestehenden Systems gewandelt hätten und weil der in Zukunft anfallende Kostenbedarf nicht durch Budget- und Beitragserhöhungen allein aufgefangen werden könnte.

2. Südafrika:

Der Beitritt Südafrikas zum Atomsperrvertrag im letzten Juni und die Unterzeichnung des Safeguardsabkommens am Eröffnungstag der Konferenz haben ein altes Thema von der Traktandenliste der Generalkonferenz entfernt. Südafrika ist mit allen Mitgliedsrechten wieder aufgenommen worden. Die zum Thema verabschiedete Resolution enthält lediglich noch statutarische Verpflichtungen.

3. Nordkorea:

Angeprangert wurde demgegenüber die Verzögerungstaktik Nordkoreas, das vor sieben Jahren dem Atomsperrvertrag beigetreten ist. Ungeachtet der damit verbundenen Verpflichtung, innerhalb von sechs Monaten ein Kontrollabkommen abzuschliessen, wurden die Verhandlungen nach massivem Druck im Gouverneursrat erst kurz vor der Generalkonferenz abgeschlossen. Nordkorea wurde aufgefordert, Unterzeichnung und Ratifikation des Abkommens nicht weiter hinauszuzögern.

4. Israel:

Israels nukleare Kapazität und Bedrohung steht seit Jahren auf der Tagesordnung der IAEA. Der Versuch, das Thema durch ein konstruktiveres Traktandum vollends zu ersetzen, ist nur knapp misslungen. Die von Aegypten eingebrachte Resolution über die Durchführung von Safeguards im Nahen Osten, welche ohne Singularisierung Israels die Ueberwachung aller nuklearen Aktivitäten in der Region stipuliert mit dem Ziel, eine kernwaffenfreie Zone zu errichten, ist einstimmig angenommen worden. Sie fordert die IAEA auf, zu diesem Zwecke ein Modell-Safeguardsabkommen auszuarbeiten. Ihr Text wurde zwischen der ägyptischen und israelischen Delegation mit grösster Mühe ausgehandelt.

- 4 -

Dieses Ergebnis dürfte eine Wende in der Behandlung Israels einleiten, obwohl die Resolution zum alten Thema nochmals angenommen worden ist. Die Unterstützung dafür ist aber weiter geschwunden: sie wurde mit 37 Ja- gegen 31 Neinstimmen angenommen. Die separate Abstimmung über deren Paragraph 5 betreffend die Wiederaufnahme des Themas an der nächsten Konferenz ergab sogar ein Verhältnis von 36 Ja- zu 34 Neinstimmen.

5. Nukleare Sicherheit:

Mit der Genehmigung der Empfehlungen der Konferenz über nukleare Sicherheit "Strategie für die Zukunft", die zwei Wochen vorher in Wien stattgefunden hatte, unternahm die Generalkonferenz einen entscheidenden Schritt zur Errichtung eines internationalen nuklearen Sicherheitsregimes. Vorangetrieben wurde dieser Vorstoss von der EG und innerhalb der EG namentlich von Deutschland. Damit soll, wie aus den Voten hervorging, ein zweites Tschernobyl ausgeschlossen und gleichzeitig die Akzeptanz der Kernenergie in der Öffentlichkeit verbessert werden. Ein solches Regime, in Form einer internationalen Sicherheitskonvention, welche Sicherheitsstandards und angemessene Ueberwachungsmechanismen enthalten würde, sollte die Zuverlässigkeit vor allem der osteuropäischen Reaktoren und der Betreiber- und Aufsichtsorgane verbessern. Die osteuropäischen Staaten unterstützten das Projekt wohl in der Erwartung, dadurch mehr Mittel und Unterstützung zu erhalten. Die IAEA sieht darin eine natürliche Ausweitung ihrer Aktivitäten und Dienstleistungen, die sie bisher im Rahmen der NUSS (Nuclear Safety Standards), der OSARTs (Operational Safety Teams) und ASSETs (Assessment of Safety Significant Event Teams) auf freiwilliger Basis geleistet hat.

Der auf europäische Verhältnisse ausgerichtete Vorschlag fand nicht einhellige Unterstützung. Skepsis brachten die Amerikaner, Kanadier, Japaner und einzelne Entwicklungsländer wie Indien an. Dabei wurden die alleinige Verantwortlichkeit der nationalen Behörden sowie die Verschiedenheit der Reaktor-

- 5 -

typen, die verschiedene, nicht unter einheitliche Normen zu bringende Sicherheitslösungen erforderten, als Argumente gegen eine Konvention geltend gemacht.

In der auch von der Schweiz mitunterzeichneten Resolution wird der Generaldirektor aufgefordert, dem Gouverneursrat im Februar eine Zusammenstellung möglicher Elemente einer künftigen Sicherheitskonvention vorzulegen, wobei er sich auf bestehende Expertengruppen und Erfahrungen anderer Organisationen abstützen soll.

Die gleiche Resolution fordert den Generaldirektor auf, konkrete Vorschläge zur Durchführung der andern Empfehlungen der Sicherheitskonferenz im Rahmen des schon genehmigten Budgets 92 und im Hinblick auf das Programm 1993/94 zu unterbreiten. Weiter sollten Kriterien für die Beurteilung der Sicherheit älterer Reaktortypen ausgearbeitet, eine Expertengruppe zur Erarbeitung von Sicherheitskriterien neuer Reaktoren eingesetzt sowie Vorschläge zur Behandlung der im internationalen Tschernobylprojekt identifizierten Probleme unterbreitet werden.

Im Bereich der Kernenergiesicherheit wurden ausserdem folgende Beschlüsse gefasst:

- Das Programm zur Sicherheitsüberprüfung älterer Reaktortypen in Osteuropa soll weitergeführt und
- ein Ausbildungs- und Trainingsprogramm im Bereich Strahlenschutz und Sicherheit erarbeitet werden.
- Folgende Dokumente sollen der UN-Umweltkonferenz im Hinblick auf die Unterstützung der IAEA-Beiträge zur dauerhaften Entwicklung unterbreitet werden:

Die Schlussfolgerungen des Expertensymposiums über Elektrizität und Umwelt, Helsinki, vom 13. bis 17. Mai 1991,

die Empfehlungen der Konferenz über nukleare Sicherheit von Wien, 2. - 6. September,

der Verhaltenskodex über grenzüberschreitende Transporte von nuklearen Abfällen und

eine aufgearbeitete Version des Berichtes über die Beiträge der Agentur zur dauerhaften Entwicklung.

6. Stärkung der wichtigsten Aktivitäten der Agentur:

Die Resolution zu diesem Thema wurde von den Entwicklungsländern als Antwort auf die von Australien eingebrachte Resolution über die Verbesserung des Safeguardssystems vorgelegt. Sie trug in ihrer ursprünglichen Form den Titel "Stärkung der Programme zur Förderung der Kernenergie" und hatte zum Ziel, das Gleichgewicht der Budgets für das technische Hilfsprogramm und für Safeguards festzuschreiben. Beide Resolutionen konnten erst nach langwierigem Feilschen um Formulierungen verabschiedet werden. Zukünftige Auseinandersetzungen um Verteilung der knappen Ressourcen haben ihre Schatten vorausgeworfen!

7. Arbeitsgruppen:

Das Mandat der Arbeitsgruppe über Safeguardsfinanzierung ist verlängert worden. Versuche, das Mandat der Gruppe über die Behandlung des Finanzierungsschlüssels hinaus zu erweitern, blieben erfolglos. Die Gruppe wird gemäss Vorschlag ihres Vorsitzenden, Botschafters Vettovaglia, ihre Beratungen nach der Diskussion im Februarboard wieder aufnehmen.

Nach ergebnislosen jahrelangen, vom jeweiligen Boardvorsitzenden geführten Konsultationen über die Integrierung der Finanzierung der technischen Hilfsprogramme ins reguläre Budget ist jetzt ebenfalls eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, welche Massnahmen vorschlagen soll, "welche die sichere und vorhersehbare Finanzierung der technischen Hilfe gewährleisten soll". Die Konsultationen und die Arbeitsgruppe über die Revision von Artikel VI des Status betreffend Zusammensetzung des Gouverneursrates werden weitergeführt. Eine Konsensfindung dürfte angesichts der globalpolitischen Veränderungen wenigstens so lange aussichtslos bleiben, als sich diese Veränderungen nicht auch im Rahmen der UNO niederschlagen.

- 7 -

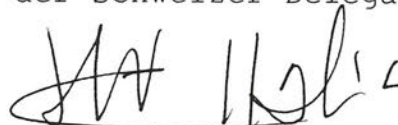
8. Neue Mitglieder:

Nach der Aufnahme der drei baltischen Staaten und des Vereinigten Jemen erhöhte sich die Zahl der IAEA-Mitglieder auf 115. An der diesjährigen Generalkonferenz haben 102 Staaten teilgenommen.

Zusammensetzung des neuen Gouverneursrates: Die 11 neugewählten Mitglieder sind: Algerien, Bulgarien, Ecuador, Griechenland, Mexiko, Norwegen, Pakistan, Rumänien, Republik Korea, Vietnam, Zaïre.

Die übrigen 24 Mitglieder sind: Argentinien, Australien, Oesterreich, Belgien, Brasilien, Kamerun, Kanada, China, Kuba, Aegypten, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Iran, Japan, Marokko, Portugal, Thailand, Ukraine, UdSSR, Grossbritannien, USA, Uruguay.

Der Chef der Schweizer Delegation:



J.-P. Vettovaglia

Beilagen

- Liste der Schweizer Delegation
- Erklärung der Schweizer Delegation
- Financing of Safeguards: Erklärung der Präsidentin

